

Herr Bundesanwalt, übernehmen Sie!

Weitere 750 Mill. Euro für unsere Umvolkung!

**Wir erinnern an
eine schon 1987
erhobene Anklage:**

»Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger.

Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.«

Der Staatsrechtler und ehem. Berliner
Staatssekretär Dr. Otto Uhlitz in
»Aspekte der Souveränität«, Kiel 1987



Türkenzeitung »Milliyet« sieht bereits »Berlin in Schutt und Asche«: Drohung, Warnung oder Prophezeiung?

Muß Berlin erst brennen, ehe unsere Regierung und die Parteien wach werden?

Mit letzten Notbremsen wie einem »nationalen Integrationsplan«, »Integrationsgipfeln« und neuem Zuwanderungsrecht versuchen die Regierenden die Zeitbombe zu entschärfen, die sie seit Jahrzehnten mit der ungebremsten Einwanderung selbst gelegt haben. Doch die Forderungen der Türkenverbände werden immer radikaler.

AUS DEM INHALT:

- Die Augen zu schließen nützt nichts S. 2
- Der Gipfel mißglückter Integration S. 3-4
- Recht und Justiz S. 5-8
- Einzelfall Asylbetrug S. 9
- Mißbrauchte Spendenbereitschaft S. 11

Das offene Wort**»Die Türkei den Türken!«**

Das ist das Motto in der Kopfzeile der Zeitung »Hürriyet«, die bei uns an jedem Kiosk aushängt.

Jeder vernünftige und politisch normal denkende Mensch kann das nur unterstützen.

Es ist weder »rechtsradikal« noch »ausländerfeindlich«, wenn man die gleiche Forderung auch für uns Deutsche erhebt.

Vural Öger, der Flugreisemagnat, der für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Europa-Parlament über unsere Zukunft mitentscheidet, sah das in einem Beitrag in oben genannter Zeitung im Juni 2004 anders (vgl. UN 6/04):

»Das, was Kanuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.«

Dazu Prof. Dr. Helmut Schröcke:

»Die Beseitigung des deutschen Volkes als Staatsvolk in der Bundesrepublik durch massenhafte Einwanderung und Einbürgerung von nicht-deutschen Ausländern aus aller Welt ist verfassungswidrig. Das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 21.10.1987 (Nr. 2 BvR 373/83) schreiben die **Wahrungspflicht zur Erhalt der Identität des deutschen Staatsvolkes vor.«**

Also, Herr Generalbundesanwalt, übernehmen Sie!

Die Augen zu schließen, nützt nichts!

Das ist die Lage, in die uns die Parteien in vier Jahrzehnten gebracht haben:

Während die schwarz-rote Koalition in Berlin mit einem verzweifelten »nationalen Integrationsplan« und weiteren 750 Millionen Euro das Auseinanderbrechen der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung bekämpfen will, das durch ihre verfehlte Politik verschuldet ist, stimmen immer mehr gut ausgebildete Deutsche mit den Füßen ab:

Im Jahre 2006 sind 155.000 Deutsche ausgewandert, erfahrene Handwerker, hochqualifizierte Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler, noch sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Die britische Tageszeitung »The Independent« vermerkte am 1.6.2007, der deutsche »brain drain«, also der Verlust an hochqualifizierten Personen, sei so groß wie nie seit den ersten Jahren nach 1945.

Gleichzeitig wird das deutsche Volk schier unaufhaltsam durch eine Vielvölker-Bevölkerung ersetzt.

Die folgenden Angaben sind Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes entnommen. Ob sie »geschönt«, unter- oder übertrieben sind, steht dahin:

- 2005 lebten 15,3 Millionen Menschen »mit Migrationshintergrund« in der BRD, 96 % davon im früheren Bundesgebiet und Berlin. 10 % von ihnen hatten keinen allgemeinen Schulabschluß, 51 % keinen beruflichen Abschluß, und 25 % stehen dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht zur Verfügung.
- Am höchsten ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den Großstädten, vor allem in Stuttgart mit 40 %, in

Frankfurt/M. mit 39,5 % und in Nürnberg mit 37 %.

- Bei den unter Fünfjährigen liegt der Anteil derer mit Migrationshintergrund in sechs bundesrepublikanischen Großstädten bereits über 60 %: in Nürnberg z.B. bei 67 %, in Frankfurt/M. bei 65 %, in Düsseldorf und Stuttgart bei 64 %. Bundesweit hat bereits ein Drittel aller Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund.
- 2006 sind erneut 558.000 Ausländer zugezogen, 484.000 weggezogen.
- Die Zahlen der offiziell gemeldeten Abtreibungen:
2005: 124.023
2006: 119.710

Das sind die nüchternen Fakten zur Lage der Nation, die die seit Jahrzehnten wechselweise regierenden Parteien als Folge und Ergebnis ihrer Politik zu verantworten haben.

Massenexodus, Geburtendefizit und Bevölkerungsaustausch – das sind die Schicksalsfragen unseres Volkes, deren Bewältigung von den Altparteien nicht mehr zu erwarten ist.

Eine Rettung ist nur von einer breiten Volksbewegung des Protests nach dem Vorbild des Aufstandes von 1989 zu erwarten: »Wir sind das Volk!«

Zum Nachdenken:

»Deutschland hat sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß Integration, die diesen Namen verdient hätte, nicht zu verwirklichen ist ...«

Ralph Giordano

Der Gipfel mißglückter Integration

Einwandererverbände üben immer offener Druck auf die BRD aus

Wer in den Tagen des sogenannten »Integrationsgipfels« im Juli die türkische Presse verfolgt hat, dem drängten sich schon Bilder von einem drohenden Bürgerkrieg auf.

Von einem »ehrenhaften Widerstand der in Deutschland lebenden Türken« berichtete »Hürriyet«, die Zeitung »Milliyet« sah bereits »Berlin in Schutt und Asche« liegen, und das Massenblatt »Sabah« sprach von einer »letzten Warnung« an die Bundeskanzlerin.

Türkische Interessengruppen in der BRD forderten von Bundespräsident Horst Köhler, das neue Zuwanderungsgesetz nicht zu unterzeichnen. Erstmals in der Geschichte der BRD stellen Einwanderer damit der Staatsführung ein Ultimatum.

Einst Gastarbeiter, dann »ausländische Mitbürger« und heute gar »Deutsche mit Migrationshintergrund«: In Deutschland werden Ausländer und ihre Abkömmlinge immer mehr. Noch bilden 65 Millionen Deutsche die ethnische Mehrheit im BRD-Staatsvolk. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man nicht mehr lange Herr im eigenen Haus sein wird.

Warnung oder Drohung?

Vorläufiger Höhepunkt der versuchten Einflußnahme auf die deutsche Gesetzgebung ist die Forderung des 47-jährigen Kenan Kolat aus Istanbul, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Horst Köhler solle das neue Zuwanderungsgesetz nicht unterzeichnen, weil es »ethnisch diskriminierend« sei. Auf das Protestpotential der jungen Deutschtürken angesprochen, erklärte er:



Keinen Bock auf Integration:
Ausländerunruhen auf deutschen
Straßen

»Wenn das Zuwanderungsgesetz in der geplanten Form durchkommt, dann habe ich die nicht mehr unter Kontrolle. Die fühlen sich dann so zurückgewiesen, da kann ich dann auch für nichts mehr garantieren.«

(»Welt-online«, 12.7.2007)

Ohne Unterzeichnung des Bundespräsidenten müßte das im Bundesrat und Bundestag verabschiedete Gesetz geändert, erneut im Parlament verhandelt und verabschiedet werden. Geschehe dies nicht, werde die TGD zusammen mit anderen Einwanderervereinen den zweiten »Integrationsgipfel« der Bundesregierung boykottieren (»Westfalen-Blatt«, 11. Juli 2007).

Insbesondere wenden sich die TGD und weitere türkische Einwandererverbände gegen die geplante Einschränkung des Ehegattennachzuges. Ehegatten eines bundesdeutschen Staatsbürgers oder Ausländers müßten demnach künftig »einfache Deutschkenntnisse nachweisen« (»Hamburger Abendblatt«, 12. Juli 2007). Das sei unzumutbar, rassistisch und diskriminierend.

»Einbahnstraße Integration?«

Rolf Dreßler, Chefredakteur des »Westfalen-Blattes«, kommentierte das Ultimatum der Türkenvereine unter der obigen

Fragestellung am 11. Juli 2007 folgendermaßen:

»Man meint, sich verhöhnt zu haben, doch die Wortführer der Türken und Türkischstämmigen bezichtigen die Bundesregierung tatsächlich einer angeblich systematischen „Ausgrenzung, Ungleichbehandlung, ja, sogar ethnischen Diskriminierung“. Nur, was eigentlich ist verwerflich daran, nach Jahren eines unverantwortlichen Schlendrians von Zuwanderern endlich generell wenigstens Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu verlangen, wie es andere Staaten aus guten Gründen tun? Ein Zwei-Stufen-Ultimatum hiesiger türkisch-islamischer Vereine an eine deutsche Regierung – dergleichen gab es noch nie.

Man stelle sich einmal vor, worauf sich die massiv bedrängten winzigen christlichen Minderheiten in der Türkei gefaßt machen müßten, würden sie dort ähnlich auftrumpfen.«

Integrationsgipfel auf dem Rücken des deutschen Michel

Der sogenannte Integrationsgipfel fand schließlich am 12. Juli 2007 ohne vier einflußreiche Türkenverbände statt. Laut Bericht des »Hamburger Abendblattes« vom 12. Juli 2007 fehlten die »Föderation Türkischer Elternvereine«, der »Rat Türkischstämmiger Staatsbürger«, die obengenannte TGD und die »Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion«. Allesamt Vereinigungen, denen naturgemäß einzig türkische Interessen ein Anliegen sind und die sich für die Wahrung der türkischen bzw. muslimischen Identität in der BRD einsetzen. Wahrlich Vereine, die anstatt eines Integrationsgipfels vermutlich lieber die Integration

BEWEISEN SIE MUT!**ZIVILCOURAGE**ZEIGT HEUTE DER,
DER SICH ZUM**HEIMATRECHT**

DER DEUTSCHEN IN

DEUTSCHLAND

BEKENNT!

(als Aufkleber erhältlich)

der Deutschen in eine kommende türkendominierte Gesellschaft sähen.

Diese Absage wurde von dem hinreichend bekannten »Grünen« Cem Özdemir, nach seinem Fehlverhalten als Bundestagsabgeordneter aufgerückt zum Mitglied des EU-Parlaments, und Faruk Sen (Direktor des Essener Zentrums für Türkei-Studien) ausdrücklich begrüßt.

Dieses weitere Warnsignal der lange schon fehlgeschlagenen deutschen Einwanderungspolitik störte den »Integrationsgipfel« jedoch nicht. Im Gegenteil: Über 400 konkrete Selbstverpflichtungen von Politik, Wirtschaft und Verbänden wurden beschlossen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel machte im Namen des Bundes sogar noch einmal zusätzlich zu allen laufenden Integrationsausgaben weitere 750 Millionen Euro Steuergelder locker.

Dieses Vorhaben nennt sich »Nationaler Integrationsplan«.

Mehr Integrationskurse, mehr Angebote für Mütter und Jugendliche, mehr Ausbildungsplätze in Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft, leichter Zugang zu Ausbildungsbeihilfen und Bafög sind nur einige dieser Punkte (»Hamburger Abendblatt«, 12. Juli 2007). All dies freilich einzig und allein für Ausländer und Ausländischstämmige. Michel zahlt mit sei-

nem Steuergeld zwar mit, aber zugute kommen Geld und Maßnahmen nur den Neudeutschen und ausländischen Bewohnern dieses Landes. Reicht es nicht, daß Ausländer sich im enggeflochtenen sozialen Netz bedienen können wie Deutsche auch? Muß es darüber hinaus noch eine Extrabedieneung sein, die bei zurückgestellten jungen Deutschen möglicherweise eine Ausländerfeindlichkeit erzeugt?

Und noch ein Nachschlag in Michels Nacken

Doch diese Maßnahmen des »Integrationsgipfels« und das zugesagte Geld (nach alter Rechnung fast 1,5 Milliarden DM) gingen manchem vermeintlichen Volksvertreter immer noch nicht weit genug.

Das »Westfalen-Blatt« vom 16. Juli 2007 berichtet: »NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU) forderte mehr Polizisten und Lehrer aus Migrantenfamilien. (...) Die Migrationsexpertin der SPD, Lale Akgün, forderte mehr Anstrengungen zum Abbau von Vorurteilen.« Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags, forderte zur Ergänzung des »Nationalen Integrationsplanes« gar **»eine Einbürgerungskampagne und kommunales Wahlrecht für Migranten«** aus Nicht-EU-Ländern, so das »Westfalen-Blatt« vom 13. Juli 2007.

Das »Westfalen-Blatt« berichtet im selben Artikel weiter, die Regierungsbeauftragte für Integration, Maria Böhmer (CDU), habe den Beginn einer Plakataktion bekanntgegeben. Diese solle bundesweit Ausländer auf die Möglichkeit zur Einbürgerung hinweisen. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) wolle den Muslimen in Deutschland gar Staatsverträge anbieten.

Die oben genannten Vorschläge und Pläne erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Und

dennoch reibt man sich als Deutscher schon jetzt die Augen, wenn man sieht, wie sich die Bundespolitik geradezu überschlägt vor lauter Integrationsbemühungen, statt die Rückführung zu fördern. In all den Forderungen und Programmen taucht die Frage nach dem Wohl des deutschen Volkes nicht mit einer Silbe auf.

Danksagung auf »migrantisch«

Das türkische Massenblatt »Hürriyet« dankte all dieses gutmenschliche Andienen der deutschen Politik mit der Bezeichnung des neuen Zuwanderungsgesetzes als »glatten Rassismus« (»Westfalen-Blatt«, 16. Juli 2007), und laut »Welt-Online« vom 13. Juli 2007 werden dem neuen Zuwanderungsgesetz nach seiner Unterzeichnung durch Horst Köhler Verfassungsklagen von Betroffenen folgen. Diese haben laut Juristen und Einwanderungsexperten sogar gute Aussichten auf Erfolg vorm Bundesverfassungsgericht.

Es ist das leidige Lied ohne Ende: Die Deutschen haben sich durch Wahlverhalten, Wohlstandsfaulheit und Desinteresse ins Abseits schieben lassen.

Helfen Sie mit, das zu ändern! Jeder deutsche Haushalt müßte diese UN im Briefkasten haben. Bestellen Sie 10 – 20 – 50 oder 100 Hefte nach und klären Sie Ihre Nachbarschaft auf! Niemand soll sagen können, er habe das alles nicht gewußt!

»Die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Angehörige sonstiger Staaten [Nicht-EU-Ausländer] wäre nach wie vor verfassungswidrig.«

GG-Kommentar von Jarass und Pieroth aus dem Jahre 2004 zu Art. 28 GG; vgl. Pieroth J/P Art. 28 Rn. 8

LESEN, NACHBESTELLEN, WEITERGEBEN!

Selbstverständlich nur ein Einzelfall: Einundzwanzigköpfige Asylbetrügerfamilie kassiert seit 15 Jahren vom deutschen Steuerzahler

Im münsterländischen Kreis Coesfeld kassierte eine einundzwanzigköpfige Familie zu unrecht 750.000 Euro Sozialleistungen. Der Fall zeigt einmal mehr, wie einfach es Asylbetrüger in der BRD haben.

Am Freitag, den 20. Juli 2007, berichtete die »Allgemeine Zeitung« (Coesfeld) unter der Überschrift »Betrug: Familie kommt gar nicht aus dem Libanon« (Hervorhebungen durch UN):

im Verfahren fälschlicherweise angegeben, aus dem Libanon zu stammen.

Warum es so lange gedauert hat, die wahre Identität herauszufinden? Weil die Personalien einschließlich der Familiennamen falsch angegeben waren und den Behörden auch keine Dokumente vorgelegt wurden, galt die Staatsangehörigkeit als ungeklärt. **„In derartigen Fällen kann die Ausländerbehörde auch**

ellen Bleiberechtsregelungen eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden kann, muß noch näher geprüft werden.“«

Das Ende vom Lied?

So einfach ist das in der BRD: Papiere wegwerfen, einreisen, abgebrühte Lügen auftischen und abkassieren und aussitzen.

Haben Sie, lieber UN-Leser, in Ihrem Leben auch nur annähernd 750.000 Euro staatliche Hilfe zur Unterhaltung Ihrer Familie bekommen? Nein? Aber jetzt wissen Sie wenigstens, wer in den letzten 15 Jahren von der ungeheuren Steuerlast, die Sie tagtäglich zu tragen haben, profitiert hat. Und nicht nur das: Immerhin lebt diese Asylbetrügerfamilie immer noch in der BRD und der Staat muß zwangsläufig weiterhin die Unterkunfts- und Ernährungskosten aufbringen.

Ob eine Abschiebung tatsächlich erfolgen wird, steht in den Sternen. Welches Interesse sollte die Türkei an der Rücknahme ihrer feinen Landsleute haben? Da wird eher die Aussicht auf Bleiberecht für die Kinder gut sein – auf Steuerzahlers Kosten. Ob wir es erfahren werden, steht in den Sternen. Nur allzu oft herrscht nach Aufdeckung solcher Betrügereien nämlich im Nachhinein Schweigen im Blätterwald und der deutsche Michel erfährt nie, ob denn wirklich jemand abgeschoben wurde oder nicht.

Wie gut, daß der Asylbetrugsfall in Coesfeld nur ein Einzelfall ist. Alles andere müßte die Deutschen ja geradezu zum Volksaufstand gegen verfehlte Politik und unzureichende Gesetze treiben.

Informieren Sie auch Ihren Nachbarn über diesen Einzelfall! Geben Sie ihm diese Ausgabe der UN!

Betrug: Familie kommt gar nicht aus dem Libanon

Ausländerbehörde ermittelt wahre Identität / Schaden: 750 000 Euro

»Ausländerbehörde ermittelt wahre Identität / Schaden 750 000 Euro

Die Ausländerbehörde des Kreises hat einen schwerwiegenden Fall von Sozialleistungsbetrug aufgedeckt. Zwei miteinander verwandte Familien, die bereits seit über 15 Jahren im Kreis Coesfeld leben und angeblich aus dem Libanon stammen und politisch verfolgt werden, kommen in Wirklichkeit aus der Türkei. Das teilte der Kreis gestern mit. **Die Familie hat laut Kreis insgesamt 750.000 Euro an Sozialleistungen unberechtigtweise bekommen.**

Die wahre Identität und Staatsangehörigkeit der Familie habe die Ausländerbehörde nach intensiver Recherche aufdecken können. Es handele sich um eine Familie mit zehn Mitgliedern und um eine weitere verwandte Familie, die aus elf Personen bestehe. Den Wohnort will der Kreis aus Datenschutzgründen nicht nennen. Nach der damaligen Einreise habe die Familie einen Asylantrag gestellt und

nach negativem Ausgang des Asylverfahrens keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen durchführen, da für die Rückführung Heimreisedokumente ausgestellt werden müssen“, erläutert Dr. Ansgar Hörster, zuständiger Fachbereichsleiter beim Kreis Coesfeld. Die erforderlichen Dokumente stellt der Heimatstaat aber nur dann aus, wenn die Identität und Nationalität zweifelsfrei nachgewiesen sind. Sämtliche Bemühungen der Ausländerbehörde bei der libanesischen Botschaft führten wegen der Falschangaben zwangsläufig ins Leere. Erst komplizierte Ermittlungen mehrerer Ausländerbehörden brachten die Wahrheit ans Licht.

Die ausreisepflichtigen Familienmitglieder, allen voran die Familienväter und ihre Ehefrauen, müssen nun die Konsequenzen tragen. Die Eltern, die die Täuschungshandlung begangen haben, müssen jetzt mit ihrer Abschiebung rechnen, so der Kreis.

Hörster: „Ob für die hier aufgewachsenen Kinder nach den aktu-

RAUS, ABER SCHNELL!

MULTIKULTI



NEIN DANKE!

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN • POSTFACH 400 215 • 44736 BOCHUM

Mißbrauchte Spendenbereitschaft

Man erinnert sich an die große Hilfsbereitschaft und Spendenfreudigkeit der Deutschen bei der großen Elbeflut im Jahre 2002: Es gingen mehr Millionen ein, als Geschädigte beanspruchen konnten. Statt überzählige Spenden aber zurückzahlen oder die Spender per Umfrage über die Verwendung abstimmen zu lassen, wurde ein Teil an Polen und die Tschechei weitergereicht, was besonders Vertriebene und Enteignete unter den Spendern empörte.

Auch das Deutsche Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen geraten wegen mißbräuchlicher

UN-Lesen schädigt die Unwissenheit, gefährdet die Nachtruhe und fördert das Nachdenken.

Spendenverwendung immer mal wieder in die Schlagzeilen.

Wie es die Großen vormachen, so geschieht es offenbar auch im Kleinen:

Wohin fließen die Spenden für Ermyas M.?

Am 16.4.2006 wurde bekanntlich der Deutsch-Äthiopier Ermyas M. in Potsdam bei einer Auseinandersetzung – nüchtern oder betrunken – schwer verletzt.

Die Medien, die Politik und der Generalbundesanwalt machten den angeblich »rassistischen Überfall« zu dem entsetzlichsten Ereignis des Jahres, und weltweit wurden Ausländer vor Reisen in den »deutschen Osten« (gemeint war Mitteldeutschland) gewarnt.

Spendenaufrufe des staatlich geförderten Vereins »Brandenburg gegen Rechts e.V.« erbrachten nach einer Meldung des »Tages-

spiegel« vom 2.8.2007 knapp 50.000 Euro, die für »Krankenhauskosten, Reha, Unterstützung der Familie und Rechtsbeistand« verwendet werden sollten.

Steffi M., seine inzwischen von ihm getrennt lebende Ehefrau, behauptet nun, ihr Mann habe dafür kein Geld ausgeben müssen. Die Krankenkasse sei für das Krankenhaus und die Reha aufgekommen und die Familie habe von dem Geld nichts gesehen. Das Geld läge offenbar noch auf einem Privatkonto von Ermyas M., er habe es dem von ihm im Oktober 2006 gegründeten Verein »Löwenherz« nicht zur Verfügung gestellt, was zu ihrem und dem Rücktritt von drei weiteren Gründungsmitgliedern führte. Dazu erklärte Ermyas M., das Geld sei ihm liebevoll gespendet worden und nicht dem Verein. Über die Verwendung entscheide er ganz allein.

Liebe Leser, ganz privat:

Helmut Kohl, der Kanzler der schwarz-gelben Koalition, beschwor auf der einen Seite öffentlich: »Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden« (vgl. UN 8/92), während er auf der anderen Seite mehr Millionen Asylbewerber und Flüchtlinge einreisen ließ als je zuvor.

Die grün-rote Regierung schwelgte dann in Multikulti als eine große Bereicherung, bis Angela Merkel feststellte: »Die multi-kulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert« (vgl. UN 12/04).

Nun heißt das Zauberwort, das die von unseren Regierungen selbst geschaffenen Folgen der ungehemmten Einwanderung lösen soll, »Integration«. Die aber wird von den größten türkischen Verbänden als Verrat an ihrer völkischen und kulturellen Identität abgelehnt.

»Integration« heißt laut Lexikon »bewußtseinsmäßige bzw. erzieherische Eingliederung von Personen und Gruppen in bzw. ihre Anpassung an allg. verbindliche Wert- und Handlungsmuster«

Da die Einwanderer dies ablehnen, laufen jetzt Plakatkampagnen der Regierung an, um uns Deutsche zu »Respekt« zu erziehen.

Bei allem Respekt, wir bleiben dabei: Multikulti – Nein Danke!

PS: Wenn sich genug Vorbesteller melden, könnten wir das Plakat auf Seite 10 mehrfarbig drucken, damit Sie Volkes Stimme zur Regierungspropaganda öffentlich anschlagen können.

In diesem Sinne

Ihre UN-Mitarbeiter

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706

D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>

<http://www.un-archiv.de>

Impressum:

Herausgeber:

Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:

Annette Kruse (verantw.) und wechselnde Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Erwerbstätige:

Juni 2006: 38,920 Millionen ¹⁾
 Juni 2007: **39,794 Millionen** ¹⁾

Offizielle Arbeitslosigkeit:

Juni 2007: 3.687.119 ¹⁾
 Juli 2007: **3.715.019** ¹⁾

Versteckte Arbeitslosigkeit:

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik
 Juni 2007: 1.573.393 ¹⁾
 Juli 2007: **1.521.200** ¹⁾

Arbeitssuchende:

Juni 2007: 6.242.600 ¹⁾
 Juli 2007: **6.141.000** ¹⁾

Offene Stellen:

Juni 2007: 648.096 ¹⁾
 Juli 2007: **649.839** ¹⁾

Staatsverschuldung:

1.491.102.773.972 Euro ²⁾

Schuldenzuwachs pro Sekunde:

539 Euro ²⁾

Schulden pro Kopf:

18.7.2007: 18.245 ²⁾
 14.8.2007: **18.102** ²⁾

¹⁾ Bundesagentur für Arbeit, 14.8.2007
²⁾ Bund der Steuerzahler, 14.8.2007

Wieder mehr Einbürgerungen

»Erstmals seit dem Jahr 2000 sind im vergangenen Jahr in Deutschland wieder mehr Ausländer eingebürgert worden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhielten 124.830 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Das war gegenüber 2005 eine Steigerung um 7.590 oder 6,5 Prozent. Die größte Gruppe stellten wieder die gebürtigen Türken mit 26,8 Prozent. (...)

Die zweitgrößte Gruppe der Eingebürgerten stellten Serben und Montenegriner (12.611, plus 43 Prozent) vor den Polen (6.937, plus 0,6 Prozent). Besonders starke Anstiege gab es zudem bei den Einbürgerungen von Israelis (4.313, plus 50,2 Prozent) und Ukrainern (4.545, plus 35,1 Prozent).«

Westfalen-Blatt, 24.7.2007

NRW: 5.416 Ausländer dürfen bleiben

»Rechtssicherheit nach Jahren der Unklarheit: Rund 5.400 Ausländer dürfen nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums auf Grund der neuen Bleiberechtsregelung dauerhaft in Nordrhein-Westfalen leben. Das seien mehr als ein Drittel aller Antragsteller, deren Fälle bisher bearbeitet wurden. Dabei handele es sich hauptsächlich um Menschen, die selbstständig für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Die Innenministerkonferenz hatte das neue Bleiberecht im November 2006 beschlossen.

Bis zum 30. Juni hätten seither insgesamt 26.000 Ausländer Anträge auf Bleiberecht gestellt. Über mehr als 16.000 der Gesuche sei bislang entschieden worden. 8.300 Menschen erhielten eine Duldung, um einen Arbeitsplatz suchen zu können. 2.400 Anträge wurden abgelehnt, weil die Antragsteller zum Beispiel straffällig geworden waren.«

Allgemeine Zeitung, 28.7.2007

UN: Was mit diesen Straftätern nun geschieht, wurde nicht gemeldet.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1.- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 € Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck - in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Geb.am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

- monatlich vierteljährlich
- halbjährlich jährlich
- einmalig ab: _____

Betrag: _____ Euro

Meine Bank/Sparkasse: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift: _____

UN-Adressnr.: _____